

# Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

Liebe Autor\*innen des in der Öffentlichkeit präsentierten Klimaschutz-Sofortprogramms für Bund und Länder,

wir, engagierte Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßen euren Debattenimpuls und das Drängen auf klimapolitische Maßnahmen, die im Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015 stehen.

Ziel muss es sein, alle Maßnahmen auf die Erreichbarkeit des 1,5°C Ziels auszurichten. Das vorgelegte Sofortprogramm beleuchtet nur einige wenige Aspekte und muss deshalb in ein umfassenderes Klimaschutzkonzept eingebettet werden, das bisher noch nicht vorliegt. Insbesondere müssen Maßnahmen umgesetzt sein, die auch nach zügiger Abschaltung der Kohlekraftwerke die Versorgungssicherheit sicherstellen.

Im Vorgriff auf das am 20. September 2019 zu erwartende Klimaschutzprogramm der Bundesregierung möchten wir hiermit einen **Prozess anstoßen für ein ambitioniertes, detailliertes, integratives und sozial verträgliches Klimaschutz-(Sofort-)Programm.**

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels wecken die jüngsten Wahlerfolge und Umfragerekorde hohe Erwartungen an eine Klimapolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie bieten aber vor allem eine Chance, notwendige und zielführende Maßnahmen in die politische Diskussion einzubringen. Dieses Papier ist kein abschließendes Konzept. Wir möchten aber mit dieser Positionierung zum Sofortprogramm zu einer ambitionierteren Klimapolitik auffordern.

Unsere Bedenken und Änderungswünsche würden wir sehr gerne in einem internen Austausch mit euch diskutieren, anstelle dies in einer eigenen schriftlichen Stellungnahme, die vermutlich – ob intendiert oder nicht – den Weg in die Öffentlichkeit finden würde, darzustellen.

Auch wenn nicht alle Unterzeichner\*innen des vorliegenden und ursprünglichen Sofortprogramms zum selben Zeitpunkt Zeit haben werden, möchten wir ein gemeinsames Gespräch unter Einbezug der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) anregen. Der konstruktive und kluge Weg scheint uns in dieser Situation deshalb ein Treffen zu sein, in dem wir unsere hier präsentierten Ergänzungen vorstellen und begründen möchten. Unser Ziel ist es, gemeinsam die Grundlage für ein geschärftes Klimaschutzprogramm zu schaffen, das neben den politisch machbaren auch die klimapolitisch notwendigen Ziele und Instrumente enthält

Außerdem können wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir ein erweitertes Klimaschutzkonzept unter Beteiligung der parteiinternen Expertise durch die BAGen in der Öffentlichkeit platzieren. Ideen werden wir finden, auch eine gemeinsame Sprachregelung. Die Abstimmung über eine Einladung und ein gemeinsames Gespräch läuft über Janis Prinz <janis.prinz@posteo.de>.

Liebe Grüße – die Autorin und Autoren

Susanne Menge // Dr. Mario Hüttenhofer // Janis Prinz // Harald Stengl

**Unterstützer\*innen:**

Sibylle Centgraf, KV Cahlottenburg-Wilmersdorf, Sprecherin der BAG Ökologie //

Philipp Bruck, MdBB Sprecher für Klima-, Energie- und Tierpolitik

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<b>Original:</b>	<b>Unsere Sicht:</b>
<p><b>Klimaschutz-Sofortprogramm für den Sommer 2019: Was jetzt zu tun ist</b></p>	<p><b>Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik</b></p>
<p>Wir müssen jetzt den Klimaschutz in unserem Land vorantreiben, um den Pariser Klimavertrag einzuhalten und so den globalen Temperaturanstieg zu begrenzen. Mit unserem Sofortprogramm können Bund und Länder den Klimaschutz gemeinsam voranbringen. Das Klimakabinett muss noch vor der Sommerpause entscheidende Weichen stellen für einen CO<sub>2</sub>-Preis, ein Klimaschutzgesetz und die zügige Einleitung des Kohleausstiegs.</p>	<p><b>Kohleausstiegsdatum: 2025</b></p> <p>„[...] Einleitung des Kohleausstiegs <b>bis 2025</b></p> <p>[...] <b>sowie 100 Prozent Ökostrom bis 2030.</b>“</p> <p><u>Gemäß:</u> 40. BDK, Münster (11.-13.11.2016): Beschluss: <i>Energiewende retten, Verkehrswende einleiten.</i></p>
<p>Im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt, die globale Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu halten, um heutigen wie folgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaforschung ist sich einig: Nur wenn der Pariser Vertrag eingehalten wird, lässt sich der globale Temperaturanstieg begrenzen. Der Kampf gegen die globale Erhitzung ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts.</p>	<p><b>1.5°C Ziel verfolgen – Klimaneutralität bis 2035</b></p> <p>„[...] Die Klimaforschung ist sich einig: Nur wenn <b>sämtliche Planungen und Maßnahmen auf das 1,5 Grad-Ziel gemäß des Pariser Vertrags ausgerichtet werden, lassen sich die dramatischen Folgen eines globalen Temperaturanstiegs begrenzen. Der Kampf gegen die globale Überhitzung unseres ist die vorrangige Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts.</b>“</p> <p><u>Begründung:</u> Es wird genug Herausforderungen in der Umsetzung geben, doch wenn wir jetzt schon 2°C als Ziel anvisieren, werden wir auch realistisch erreichbare Ziele von 1,6 oder 1,8°C niemals erreichen.</p> <p><u>Gemäß:</u> Beschluss des Sprecher*innenrats der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) zum 1,5°C Ziel und Klimaneutralität 2035 in Deutschland (beschlossen am 20. Juli 2019 in Berlin).</p>
<p>Dabei geht es nicht mehr um ein fernes Zukunftsszenario: Die gravierende Klimaveränderung zwingt schon heute weltweit mehr Menschen zur Flucht als sämtliche Kriege zusammen. Und auch mitten in Europa zeigen sich die Auswirkungen der Klimakrise mehr und mehr: Denken wir doch nur an den Extremsommer im vergangenen Jahr – 30 Grad Celsius am Polarkreis, Waldbrände von Griechenland bis Schweden, ausgedörrte Landschaften und Ernteauffälle in halb Europa.</p>	<p><b>Bessereres Framing!</b></p> <p>Statt „Klimaveränderung“ <b>„katastrophale Klimakrise“</b></p>
<p>Lippenbekenntnisse zum Pariser Klimavertrag reichen nicht aus. Damit Deutschland seine Verpflichtung aus Paris – bis Mitte des Jahrhunderts unsere Emissionen um mindestens 95 Prozent zu reduzieren – erfüllen kann, muss die Politik sofort und umfassend handeln. Bis zum Jahr 2030 müssen wir die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 senken.</p>	<p><b>Lippenbekenntnisse zum Pariser Klimavertrag reichen nicht aus!</b></p> <p><b>Sich an den Zielen der Bundesregierung zu orientieren reicht nicht!</b></p> <p>„Deutschland muss sich seinen Möglichkeiten entsprechend ambitionierte und verbindliche Ziele setzen. Wir fordern deshalb, dass sich <b>Deutschland in einem Klimaschutzgesetz das Ziel setzt, bereits bis 2035 klimaneutral zu sein und mehr als 75 Prozent der</b></p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

	<p><b>Treibhausgasemissionen - (bezogen auf 1990) bis 2030 einzusparen.</b> Dabei müssen die Maßnahmen so gewählt werden, dass sie in Ihrer Gesamtheit geeignet sind dieses Ziel zu erfüllen.“</p> <p><u>Gemäß:</u> HÖHNE, NIKLAS et al. (2019): <i>1,5°C: Was Deutschland tun muss</i>, NewClimate Institute. &amp; RAHMSTORF, STEFAN (2019): <i>Wie viel CO2 kann Deutschland noch ausstoßen?</i>, SciLogs, KlimaLounge.</p>
<p>Die Ideen, Instrumente und Technologien dafür sind vorhanden. Die Unterstützung in der Bevölkerung wächst und wächst. Die Kinder, von denen wir unsere Erde nur geborgt haben, gehen zu Hunderttausenden für Klimaschutz auf die Straße. Etliche Unternehmen haben sich auf den Weg gemacht, weil sie wissen, dass eine Green Economy neue Wertschöpfungsketten und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Klimaschutz ist nicht nur die ökologische Schicksalsfrage, sondern auch maßgeblich für die Zukunft unserer Wirtschaft: Nur wenn der Übergang zu einer kohlestofffreien und ressourcenleichten Wirtschaft gelingt, bleibt „Made in Germany“ eine international erfolgreiche Marke. Nur so sichern wir den Industriestandort Deutschland und damit auch zukunftsfähige Arbeitsplätze. Auch dem Staatshaushalt droht Ungemach, wenn wir unsere Zusagen gegenüber den europäischen Staaten, unsere Emissionen deutlich zu senken, nicht einhalten. Es drohen Belastungen im zweistelligen Milliardenbereich. Dieses Geld wollen wir sinnvoll investieren.</p>	<p><b>Wir brauchen eine sozial-ökologische Wirtschaft</b></p> <p>„[...] die Zukunft unserer Gesellschaft und ihres Wirtschaftssystems: Einer der ersten Schritte in <b>eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise achtet weltweit Menschenrechte, hält die planetaren Grenzen ein und wagt eine Abkehr von maßloser Überproduktion und Massenkonsum.</b> Nicht nur im Interesse des Industriestandortes, sondern <b>im Interesse der Menschen, des Gewerbes und des Handels ist der Übergang zu einer kohlenstofffreien und ressourcenleichten Produktion zu erzielen.</b> Nur so schaffen wir einen lebenswerten Wirtschaftsstandort Deutschland.“</p> <p>„bleibt „Made in Germany“ eine international erfolgreiche Marke.“</p> <p>„Wir wünschen uns, dass <b>Klimaschutz als Chance für wirtschaftlichen Erfolg, nachhaltiges Unternehmertum und Innovation sowie Motor des Arbeitsmarktes</b> begriffen wird. Wir erwarten die <b>Weiterentwicklung unserer Sozialen Marktwirtschaft im Sinne eines sozio-ökologischen Wirtschaftsmodells</b>, das die breit diskutierten Ideen von Postwachstum, Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlökonomie einbezieht.“</p>
<p>Die Europawahl und die Fridays-for-Future-Bewegung zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger konsequenten Klimaschutz wollen und keine parteipolitische Bedenkenrägerei. Es braucht jetzt einen gemeinsamen politischen Kraftakt, um den Pariser Klimavertrag zu erfüllen und zukünftigen Generationen die Chance zu geben, weiter in Freiheit zu leben.</p>	<p><b>Nicht nur Parteien sind in der Pflicht! Bedenkenträger*innen gibt es überall! Demokratie und Beteiligung ist das Fundament für einen durchgreifenden Wandel!</b></p> <p>„parteipolitische“</p> <p>„[...] <b>gegenwärtigen sowie zukünftigen</b> Generationen die Chance zu geben, weiter in <b>Demokratie, Frieden und Freiheit</b> zu leben.“</p> <p>„Ein gemeinsamer politischer Kraftakt heißt, dass wir uns unserer <b>Verantwortung bewusst sind und die demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Möglichkeiten für Veränderungen nutzen</b> wollen, um für die hier benannten Maßnahmen die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. <b>Eine Nichterfüllung des Pariser Klimaabkommens stellt einen Freiheitsentzug dar</b>, da die Duldung der globalen Umweltzerstörung unsere Lebensgrundlage bedroht und damit Demokratie, Frieden und Freiheit weltweit gefährdet.“</p>
<p>Es ist daher allerhöchste Zeit, dass die Bundesregierung mit ambitionierten Maßnahmen den Klimaschutz in unserem Land vorantreibt, statt ihn weiter zu blockieren. Wir legen hier ein Sofortprogramm vor, mit dem Bund und Länder den Klimaschutz jetzt gemeinsam voranbringen können. Dies ist gleichzeitig ein Forderungskatalog an die</p>	

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>Bundesregierung. Das Klimakabinett muss noch vor der Sommerpause entscheidende Weichen stellen, und zwar in folgenden drei Bereichen:</p>	
<p>1. Die zügige Einleitung des <b>Kohleausstiegs</b>, neuer Schwung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine effizientere Nutzung von Energie</p>	<p><b>Verkehrswende gehört dazu!</b> „[...] von Kohleausstieg <b>und Verkehrswende</b>, ...“</p>
<p>2. Einen <b>CO2-Preis</b>, der ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll ist – damit klimafreundliches Verhalten belohnt und klimaschädliches Verhalten verteuert wird</p>	
<p>3. Ein <b>Klimaschutzgesetz</b>, das den gesetzlichen Rahmen für konkrete Maßnahmen in allen Sektoren schafft und so für Planungssicherheit sorgt für die Bereiche Wärme, Verkehr und Landwirtschaft</p>	<p><b>Klimaschutz umfasst alle Emittent*innen</b> „[...] für die Bereiche Wärme, <b>Mobilität, Industrie</b> und Landwirtschaft.“</p>
<p>Wir können jetzt zeigen, dass Klimaschutz, wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem Industrieland im 21. Jahrhundert Hand in Hand gehen. Wir würden massiv davon profitieren - sowohl durch höhere Lebensqualität, als auch mit Blick auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der Zukunft. In Deutschland gibt es mehr als genug Energie und Ideenreichtum, um die entscheidenden Zukunftsfrage des 21. Jahrhunderts wieder entschlossen anzugehen. Der Moment dafür ist jetzt. Klare und mutige Entscheidungen sind erforderlich.</p>	<p><b>Neue Lebensqualität und nachhaltige Wirtschaft!</b> „Wir würden massiv davon profitieren - sowohl <b>durch Lebensqualität als auch mit Blick auf eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftsweise, die gute Arbeitsplätze von Morgen schafft.</b>“</p>
<p>Dieses Papier ist auch ein Angebot zur Zusammenarbeit. Wir haben konkrete Vorschläge formuliert. Für ihre Umsetzung bieten wir sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat unsere Unterstützung an. Entscheidend ist, dass Deutschland seine nationalen, europäischen und international verbindlich zugesagten Ziele erreicht. Über den besten Weg dorthin sind wir offen für jeden konstruktiven Dialog.</p>	
<p>1. Kohleausstieg einleiten, Energiewende beschleunigen</p>	<p><b>Verkehrswende braucht einen höheren Stellenwert!</b> „1. <b>Verkehrswende und Kohleausstieg</b> einleiten, Energiewende beschleunigen“</p>
<p>Der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien ist entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz, denn nicht nur der Strombereich, sondern auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig massiv erneuerbare Energie benötigen. Hierfür müssen wir Verkehr und Wärme zunehmend elektrisch versorgen und aus Strom Wasserstoff und Gas machen.</p>	<p><b>Sektorkopplung!</b> „[...] Hierfür müssen wir Verkehr und Wärme zunehmend elektrisch <b>aus EE-Anlagen versorgen, Strom aus regenerativ hergestelltem Wasserstoff und Gas produzieren und die einzelnen Sektoren effizient koppeln.</b>“</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>Dieser Ausbau wird derzeit vom klimaschädlichen Kohlestrom blockiert, für den nicht nur jährlich 240 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen werden, sondern der auch die Netze verstopft und gegenüber den Erneuerbaren einen unfairen Wettbewerbsvorteil hat.</p> <p>a) Kohleausstiegsgesetz</p> <p>Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohle-Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ hatte bereits Ende Januar 2019 einen Kompromiss für den Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgelegt. Auch mehrere Monate später hat es die Große Koalition nicht geschafft, den Kohleausstieg einzuleiten. Um schnell Planungssicherheit zu schaffen, muss jetzt unverzüglich, wie in der Kohle-Kommission vereinbart, im Rahmen von transparenten Gesprächen ein verbindlicher Abschaltplan vorgelegt werden, damit</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• bis Ende 2022 mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abgeschaltet werden,</li> <li>• für die Zeit nach 2022 ein verbindlicher Abschaltplan von Kohlekraftwerken, deren Betriebsdauer länger als 25 Jahre – und damit weitgehend entschädigungsfrei – ist, verbunden mit einer Übergangsfrist zur Abschaltung von drei bis vier Jahren, festgelegt wird</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• und sichergestellt wird, dass das Strukturförderungsgesetz mit einem Volumen von 40 Milliarden Euro an konkrete Abschaltungen gekoppelt wird.</li> </ul>	<p><b>Erfahrung macht klug: Kohleausstieg genau definieren &amp; Strukturwandel aktiv gestalten!</b></p> <p>„und sichergestellt wird, dass a) die <b>Emissionsrechte</b> für die stillgelegten Kohlekraftwerke <b>aus dem EU ETS herausgenommen</b> werden und b) das Strukturförderungsgesetz mit einem Volumen von 40 Milliarden Euro <b>an konkrete Abschaltungen gekoppelt</b> sowie c) die mit <b>Kohle produzierte Strommenge kontinuierlich reduziert</b> wird.</p> <p>Für die Verwendung der 40 Mrd. Euro in den Bundesländern muss ein Kriterienkatalog sicherstellen, den <b>Strukturwandel in Kohleregionen erfolgreich zu gestalten und gleichzeitig den Übergang zu einer neuen und wettbewerbsfähigen Energiewirtschaft zu schaffen</b>. Dieser Wandel muss <b>sowohl sozialen als auch ökologischen Ansprüchen gerecht werden</b> (innovative Technologien fördern, Infrastrukturen ausbauen (Stärkung des ÖPNV, 5G), Förderung kommunaler Infrastruktur (u.a. Schulen, Krankenversorgung, Freizeit- und Kulturangebote). Entsprechend der Empfehlungen im Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ beinhaltet dies u.a. auch die Vermittlung und Ausgleich von Lohneinbußen, Aus- und Weiterbildung zur Abfederung finanzieller Einbußen oder für einen früheren Eintritt in den Ruhestand uvm.). Die <b>Energiekonzerne müssen sich im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit beteiligen an der Renaturierung und Wiederaufforstung der Tagebauflächen</b>; Brachen</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

	nutzen zugunsten von z.B. Windparks (bspw. Windpark Klettwitz) usw.“
<p>b) Energiewende beschleunigen</p> <p>Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Speichern und Netzen, muss dringend beschleunigt werden. Das ist genauso klimapolitisch notwendig wie ökonomisch vernünftig, denn Energie aus Wind und Sonne sind heute schon günstiger als neue Gas- und Kohlekraftwerke. Während weltweit immer mehr in Erneuerbare investiert wird, brechen im Land der Erfindung der „Energiewende“ die Investitionen ein. Um die Segel wieder in den Wind zu stellen, wollen wir bestehende regulatorische Hemmnisse beseitigen und so „ermöglichen“ statt „verhindern“. Denn was wir derzeit erleben, ist das genaue Gegenteil. Trotz Klagen aus Energiewirtschaft und Industrie bleibt die Bundesregierung untätig, obwohl die Unternehmen dringenden Klärungsbedarf haben und am überbordenden Maß bürokratischer Regeln verzweifeln. Wie geht es weiter, wenn der Ausbaudeckel von 52 GW für Solarenergie Mitte kommenden Jahres erreicht sein wird? Was passiert mit funktionstüchtigen aber nicht mehr geförderten Wind-, PV- und Biomasseanlagen, die es ab 2021 immer häufiger geben wird? Warum macht man Speicher unrentabel, indem man sie doppelt mit Steuern und Umlagen belegt? Darf bald jeder wahlkämpfende Landespolitiker sein Bundesland zur Tabuzone für den Windkraftausbau erklären? Diese und viele weitere Fragen stehen unbeantwortet im Raum und versprühen das Gift der Verunsicherung in einer Branche, die Milliardeninvestitionen zu stemmen hat und die dringend Planungssicherheit braucht.</p>	<p><b>100 Prozent EE ist das anvisierte Ziel</b></p> <p>„[...] sind heute schon günstiger als neue Gas- und Kohlekraftwerke. Um jedoch <b>Investitionsruinen zu vermeiden, müssen sämtliche Planungen für den Energiesektor auf 100 Prozent EE ausgerichtet werden</b>. Erst wenn dies transparent erfolgt ist, kann eine <b>nachhaltige Planung für den weiteren Ausbau der Infrastruktur (Stromnetze, Flexibilität)</b> umgesetzt werden. Während weltweit ...“</p> <p><u>Gemäß:</u> Brief von Dr. Anton Hofreiter, Oliver Krischer, Dr. Ingrid Nestle und Dr. Julia Verlinden vom 04.01.2019 an Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Herrn Peter Altmaier.</p> <p>„Wir halten einen Pfad der <b>Deep Carbonization</b> für den erfolgversprechendsten Pfad. (Vermeidung von „fossiler“ Brückentechnologie)“</p> <p><u>Rückfragen:</u> Geht euer Papier von einer derzeitigen Netzplanung von 30 Prozent Kohlestrom aus?</p> <p><u>Begründung:</u> Mit Ausscheiden der Kohlekraftwerke ändert sich der Stromfluss komplett. Zudem werden wir in der Flexibilitätsschicht zusätzliche Speicher in erheblichem Ausmaß haben, die wiederum die Netzplanung beeinflussen. Deshalb müssen bei der Planung von Speicherstätten und Gas-/KWK-Anlagen sowie beim Netzausbau diese Entwicklungen berücksichtigt werden, bevor mit deren Bau begonnen wird. Die BnetzA berücksichtigt im NEP bereits heute in Betrieb befindliche Pumpspeicher. Die Programme sind also vorhanden und müssen lediglich ausgeführt werden.</p>
<p>Seit mehr als zwei Jahren beobachten wir einen Stillstand der Rechtssetzung, und immer wieder gab es Vorschläge, die den Zubau der Erneuerbaren weiter ausbremsen. Zahlreiche Bundesratsinitiativen aller Länder zeugen aber davon, dass es anders gehen kann, wenn man will:</p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Es gilt alle Deckel im EEG zu streichen, damit die klimafeindliche Begrenzung des Ökostromausbaus beendet wird. Insbesondere den Ausbau der Windenergie an Land und den der Solarenergie müssen wir beschleunigen. Unser Ziel ist ein Zubau von jährlich jeweils mindestens 5.000 MW netto.</li> </ul>	<p><b>Rückkehr zum alten EEG</b></p> <p>„[...] den der Solarenergie müssen wir beschleunigen. Die <b>Einführung von Ausschreibungen hat zu einer Reduzierung der noch in der Entwicklung stehenden Projekte geführt</b>, sodass der <b>Bürgerenergiesektor kaum noch vorhanden</b> ist. Die <b>Einführung der Ausschreibungsmodelle müssen zurückgenommen</b> werden.“</p> <p>Etappenziel auf dem Weg dorthin: Die EU lässt auf Grundlage ihrer so genannten De-minimis-Regelungen <b>ausdrücklich Ausnahmen von Ausschreibungen bei kleineren Anlagen zu</b>. Diese Ausnahmen müssen genutzt werden, damit wieder mehr lokale und regionale</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

	Wertschöpfung bei den Menschen bleibt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Um das Potential unserer Städte und Industriegebiete für den PV-Ausbau zu nutzen, müssen wir die Mieterstromregelungen vereinfachen, Rechtssicherheit für Vermieter*innen schaffen und die Ausschreibungen so anpassen, dass alle, die bauen wollen, auch zum Zuge kommen können. Außerdem muss die Solarenergie im Außenbereich ebenso wie die Windkraft privilegiert werden.</li> </ul>	<p><b>Kommunen stärken</b></p> <p>„[...] Windkraft privilegiert werden. Kommunen müssen im Rahmen der Landes- und Bundesgesetze <b>Handlungsspielräume für ein erhöhtes Engagement im regenerativen Energiesektor erhalten</b>. Dazu gehört auch der Auftrag an die gesetzgebende Gewalt, die Mietstromregelung zu vereinfachen und Rechtssicherheit für Mieter*innen zu schaffen.</p> <p><u>Rückfragen:</u> Ist mit Mieterstromregelung die Einführung der Energy Communities gemeint? Welche Vereinfachung ist konkret gemeint - entsprechend der EU-Regelungen? Was ist mit Häusern und Mietprojekten?</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das größte Hemmnis für den Zubau, insbesondere der Windkraft, ist ein Mangel an Flächen. Nur wenn rechtssicher Standorte zur Verfügung stehen, werden Planungen in Angriff genommen. Wir brauchen darum ein nationales Flächenziel Windkraft und eine Überprüfung der bestehenden Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und Naturschutz sowie des Planungsrechts. Zudem brauchen wir klare und einheitliche Leitlinien für die Koexistenz von Windenergie und Naturschutz. Um den Ausbau der Windkraft überall in Deutschland voranzubringen, muss er regional ausgeglichen erfolgen und mit den Zielen des Netzentwicklungsplans im Einklang stehen. Die im Netzausbaubereich vorgenommenen Einschränkungen im Norden des Landes müssen aufgehoben werden.</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsam mit Betreibern bestehender Wind-, PV- und Biogasanlagen wollen wir neue Geschäftsmodelle entwickeln und alle Regelungen streichen, die einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb behindern. Auch Repowering muss am gleichen Standort möglich bleiben.</li> </ul>	<p><b>Wir stehen für Versorgungsmodelle</b></p> <p>„neue Geschäftsmodelle entwickeln“</p> <p>„[...] Auch Repowering <b>und Sektorkopplung</b> muss am gleichen Standort möglich bleiben.“</p> <p>„Auf Basis einer nachhaltigen, landwirtschaftlichen Ressourcennutzung ist Biogas ein flexibler Ausgleich sowohl für die Wärmeversorgung, als auch als Antriebsstoff für die Mobilität (Bio-Methan z.B. aus Strohvergärung). Es müssen verpflichtende Vorschriften für die Sicherstellung der Biodiversität (z.B. Blühpflanzen, Randstreifen etc.) eingeführt werden. Biogasanlagen sollten nur in dem Ausmaß gefördert werden, wie Sie für die Flexibilitätsschicht gebraucht werden und sofern Wärme und Strom genutzt wird.“</p> <p><u>Begründung:</u> Politik sollte nicht bei der privatwirtschaftlichen Entwicklung neuer profitorientierten Geschäftsmodelle mitwirken, sondern sich für Versorgungsmodelle im Sinne des öffentlichen Interesses einsetzen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2.0</li> </ul>	<p><b>Netzausbau an Klimazielen orientieren</b></p>



## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>hat die Bundesregierung gerade den Rechtsrahmen für den Netzausbau angepasst. Die Wirkung bleibt zunächst abzuwarten und muss engmaschig überwacht werden, um keine weiteren Verzögerungen beim Stromtransport zu riskieren. Um keine Potentiale zu verschenken, wollen wir alle Trassen, die neu gebaut werden, mit den maximalen Transportkapazitäten, also 525 KV-Leitungen, ausstatten.</p>	<p>„[...] um keine weiteren Verzögerungen beim Stromtransport zu riskieren. Wir fordern aber, dass <b>der Ausbau auf Grundlage eines 100 Prozent erneuerbaren Energieszenarios geplant und umgesetzt</b> wird. Es ist zu erwarten, dass das Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2.0 und die darin genannten Maßnahmen nicht annähernd die Klimaziele erreichen. <u>Gemäß</u>: Brief von Dr. Anton Hofreiter, Oliver Krischer, Dr. Ingrid Nestle und Dr. Julia Verlinden an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Herrn Peter Altmeier, vom 04.01.2019.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir wollen, dass die für eine erfolgreiche Energiewende dringend benötigten Speicherkapazitäten nicht länger künstlich aus dem Markt gedrückt werden. Hierfür muss der gespeicherte Strom von Letztverbraucherabgaben befreit werden. Dabei dürfen Netzausbau und Speicher kein Widerspruch sein. Auf dem Weg in die Erneuerbare Welt brauchen wir beides gleichermaßen.</li> </ul>	
<p>2. Ein fairer und ehrlicher Preis für CO<sub>2</sub>-Ausstoß</p> <p>Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden ökonomische Anreize für Klimaschutz gesetzt. Eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft wird dann erreichbar sein, wenn Produktivität und Profitabilität sich auch daran bemisst, wie viel CO<sub>2</sub> ausgestoßen wurde.</p>	<p><b>Kohlenstoff oder CO<sub>2</sub>!? Zusammenhang muss erklärt werden!</b></p> <p><b>Framing: Kohlenstoffneutral, Dekarbonisierung!</b></p> <p>Es sollte vorsorglich davon ausgegangen werden, dass bis 2035 Negativ-Emissionen keine signifikante Rolle spielen werden. Deshalb wäre der <b>Begriff „Nullemission“ zu favorisieren</b>. Damit würde auch der Bezug zu deutschen Reduktionszielen hergestellt. Auch sollte der Zusammenhang zwischen anthropogenem CO<sub>2</sub> und fossilem Kohlenstoff erklärt werden.</p>
<p>Mit einem CO<sub>2</sub>-Preis tragen wir dazu bei, dass es einen einfachen, marktwirtschaftlichen Mechanismus gibt: Wer sorgsam mit unseren endlichen Ressourcen umgeht, hat auf dem Markt einen Wettbewerbsvorteil vor dem, dessen Verhalten das Klima schädigt. Klimaschutz wird billiger. Klimazerstörung, deren Kosten bisher von der Allgemeinheit getragen werden, wird teurer. Heute ist es vielfach anders herum – das wollen wir ändern.</p>	<p><b>Steigerungspfad für CO<sub>2</sub>-Preis nennen</b></p> <p>„Mit einem <b>sukzessive ansteigendem CO<sub>2</sub>-Preis</b> tragen wir ...“</p>
<p>Wir wollen dem Ausstoß von CO<sub>2</sub> einen fairen Preis geben, der die ökonomischen Fehlanreize insbesondere im Verkehrs- und Wärmesektor beendet. Fossile Kraft- und Brennstoffe sollen deshalb mit einem Aufschlag auf den Marktpreis belegt werden. Dieser Aufschlag soll mittelfristig die Kosten der Klimaschäden abbilden. Damit dies sozial ausgewogen möglich ist und zugleich</p>	<p><b>Spannungsfeld 100 Prozent Klimaprämie Unternehmen fördern – aber anders!</b></p> <p>„[...] (wie z.B. einen starken ÖPNV) gibt, sollten die <b>Einnahmen zu 100 Prozent als Klimaprämie an alle Bürger und Bürgerinnen zurückgegeben werden</b>. Wer das Klima schont, zahlt weniger ein als er herausbekommt und hat am Jahresende ein Plus gemacht. Wer das Klima schädigt, zahlt dafür. Dadurch erhöhen wir den Anreiz, auf klimafreundliche Technologien umzustellen und in Erneuerbare Energien und Effizienz zu investieren.“</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>berücksichtigt, dass es in strukturschwachen Regionen mancherorts derzeit nur begrenzt klimafreundliche Alternativen (wie z.B. einen starken ÖPNV) gibt, sollten die Einnahmen als Senkung der Stromsteuer und als Energiegeld an alle Bürgerinnen und Bürger wieder zurückgehen. Wer das Klima schont, zahlt weniger ein als er rausbekommt und hat am Jahresende Plus gemacht. Wer das Klima schädigt, zahlt dafür. Das gilt auch für Unternehmen. Dadurch erhöhen wir den Anreiz, auf klimafreundliche Technologien umzustellen und in Erneuerbare Energien und Effizienz zu investieren.</p>	<p><u>Begründung:</u> Stromsteuersenkung führt zu Ausfällen in der RV. Stromsteuersenkung erhöht Strombedarf, macht Braunkohle länger attraktiv und verringert Einsparreize. Eine Klimaprämie ist ein gleichwertiger Ausgleich. Stromsteuer begünstigt Wirtschaft und verringert Preissignal. Stromsteuersenkung begünstigt Vielverbraucher (Mixed Signal!).</p>
<p>Drei Grundprinzipien sind für uns entscheidend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ökologisch wirksam: Es sollen möglichst viele Sektoren erfasst werden und der Preis möglichst schnell eine Lenkungswirkung haben, die eine Einhaltung der Klimaziele ermöglicht. Die CO<sub>2</sub>-Preise sollen sich deshalb mittelfristig an den realen CO<sub>2</sub>-Schadenskosten orientieren. Außerdem kommt es darauf an, den CO<sub>2</sub>-Preis zügig einzuführen. Wir können bei der Rettung des Klimas nicht erneut Jahre verschenken.</li> </ul>	<p><b>Konkreter CO<sub>2</sub> - Preis um zu überzeugen! (Keine Angst vor dem bösen Wolf!) Auch Übererfüllung von Zielen befördern!</b></p> <p>„[...] ökologisch wirksam: Es sollen <b>alle Sektoren von einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung erfasst</b> werden. Der CO<sub>2</sub>-Preis Aufschlag bei Treibstoffen muss <b>zumindest in der Größe der jährlichen Preisschwankungen von Kraftstoffen</b> liegen um seine Lenkungswirkung überhaupt erst zu entfalten und muss sich <b>schnellstmöglich an den tatsächlichen Schadenskosten von derzeit lt. UBA 180€/t CO<sub>2</sub>eq orientieren. Bis 2035 muss er planbar auf ein Niveau steigen, das auch zukünftig genügend Anreiz setzt, um auf klimaneutrale Technologien umzusteigen.</b> Außerdem kommt es darauf an, den CO<sub>2</sub>-Preis zügig einzuführen ...“</p> <p><u>Gemäß:</u> Beschluss des Sprecher*innenrats der BAGen zum 1,5 Grad Ziel und Klimaneutralität 2035 in Deutschland (beschlossen am 20. Juli 2019 in Berlin)</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• sozial gerecht: Wir wollen die Bepreisung von CO<sub>2</sub> aufkommensneutral durchführen. Der Staat erhält keine neuen Einnahmen, sondern die Mittel fließen wieder an die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zurück. Außerdem soll der CO<sub>2</sub>-Preis zu Beginn moderat sein und der Umstieg zu klimafreundlicheren Technologien gefördert werden. In Härtefällen kann durch gezielte Förderung gegengesteuert werden.</li> </ul>	<p><b>Die Wirtschaft weiß sich zu helfen! Keine verdeckte Förderung von Vielverbrauchern!</b></p> <p>„<del>sowie die Wirtschaft zurück.</del>“</p> <p><u>Begründung:</u> Die Klimaschutzwirkung eines CO<sub>2</sub>-Preises wird drastisch vermindert durch eine Rückerstattung an Unternehmen, da dadurch das Preissignal entfällt. Die Transformation von Unternehmen sollte auf anderen Wegen durch Investitionsbeihilfen in nachhaltige Energie bzw. Energieeffizienz unterstützt werden.</p> <p>„Mit der kompletten Rückzahlung des Steueraufkommens pro Kopf versetzen wir auch die einkommensschwachen Haushalte in die Lage, energiesparende Geräte bzw. Fahrzeuge zu kaufen oder sich Fahrkarten für den ÖPNV zu leisten. Deshalb darf diese <b>Rückerstattung nicht auf die Sozialleistungen angerechnet</b> werden.“</p> <p>„<del>Außerdem soll der CO<sub>2</sub> -Preis zu Beginn moderat sein.</del>“</p> <p><u>Begründung:</u> Der Einstieg mit einem moderaten Preis (40€) stellt ein zu geringer Anreiz dar und erlaubt es nicht die CO<sub>2</sub>-Emission bis 2035 auf nahe Null zu senken. Es dauert 5-10 Jahre bis er nahe an das Schadensniveau heranrückt. Damit könnte die gleiche Situation wie beim EU ETS entstehen.</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<ul style="list-style-type: none"> <li>• ökonomisch sinnvoll: Versorgungssicherheit und Rentabilität von energieintensiven Branchen dürfen nicht gefährdet werden, um zu verhindern, dass energieintensive Industriezweige ins Ausland verlagert werden. Das würde unserem Land schaden, ohne dass damit etwas für das Klima gewonnen wäre. Dafür ist eine angemessene, planbare und verlässliche Entwicklung des Preises für CO<sub>2</sub> genauso entscheidend wie gezielte Entlastungen und die Förderung von klimafreundlichen Alternativen.</li> </ul>	<p><b>Energieintensive Industrie darf weitermachen? Ist das gerecht?</b></p> <p>„ökonomisch sinnvoll: Versorgungssicherheit und Rentabilität von Betrieben sollen gewährleistet werden <b>durch eine angemessene, planbare Entwicklung des Preises für CO<sub>2</sub> und andere Treibhausgase. Flankiert durch gezielte Entlastungen und die Förderung von klimafreundlichen Alternativen.</b> Um die Transformation der heimischen Wirtschaft hin zu einer wettbewerbsfähigen, von regenerativen Energien gespeisten Wirtschaft zu ermöglichen, muss ein <b>CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich eingeführt</b> werden. Dieser hat im Gegensatz zur freien Zuteilung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im Emissionshandelssystem <b>weiterhin eine treibhausgasvermeidende Lenkungswirkung bei der Produktion von Gütern und schafft zusätzlich Anreize im Ausland, die zu importierenden Gütern nach Deutschland CO<sub>2</sub>-sparend zu produzieren.</b>“</p> <p><u>Begründung</u> In dieser Absolutheit ist die kategorische Protegierung der energieintensiven Industrie unseres E. nicht richtig. Es kann durchaus sinnvoll sein, energieintensive Güter weltweit an den Standorten zu produzieren, wo erneuerbare Energien besonders kostengünstig verfügbar sind, und diese dann zu importieren. Wichtig ist daher eine CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsabgabe, die sich an der CO<sub>2</sub>-Emission bei der Produktion orientiert.</p>
<p>Eckpunkte eines CO<sub>2</sub>-Preises</p> <p>a) Erhebung</p> <p>Wir wollen in Deutschland zeitnah einen CO<sub>2</sub>-Preis einführen. Davon sind zwei Bereiche betroffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Für den Verkehrs- und Wärmesektor – also den Bereichen, in denen die Klimaschutzfortschritte bisher am geringsten sind – sollen die Energiesteuern auf Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl, Heizkohle und Heizgas um eine CO<sub>2</sub>-Preis-Komponente entsprechend der jeweiligen CO<sub>2</sub>-Emission ergänzt werden. Hier schlagen wir einen Einstiegspreis von 40 Euro/t CO<sub>2</sub>-Emission vor.</li> </ul>	<p><b>Wirksamer und kostendeckender CO<sub>2</sub>-Preis innerhalb von 10 Jahren!</b></p> <p>„Alle Bereiche in denen fossile Kohlenwasserstoffe – v.a. aber Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl, Heizkohle und Heizgas – genutzt werden der „Energiesteuer“ unterziehen. Dies würde erlauben insb. im Verkehrs- und Wärmesektor, in denen die Klimaschutzfortschritte bisher am geringsten sind, wichtige Anreize zur CO<sub>2</sub>-Reduktion zu erzeugen. Hier schlagen wir <b>eine inflationsbereinigte Dynamisierung des CO<sub>2</sub>-Preises bis 2030 vor: Einstiegspreis von 80 – 100 € je t CO<sub>2</sub>eq - plus einer jährlichen Anstiegsrate.</b> Das Einstiegsniveau liegt unterhalb von Schweden und auf dem Niveau der Schweiz. Mittelfristig gilt eine <b>Überprüfung der Ziele im Zehnjahreszyklus.</b></p> <p><u>Begründung:</u> Die Lenkungswirkung bei einem Startpreis von 40€ ist zu gering und bleibt es über viele Jahre, da der Aufschlag innerhalb der täglichen Preisschwankung von Benzin liegt. 100€ entsprechen etwa der max. Preisschwankung des Jahres 2018 bei Benzin und würden sich auf ca. 25ct/L Benzin belaufen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• In der Folge soll auch für den Bereich des Emissionshandels ein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis in Höhe von möglichst schnell 40 Euro/t gelten, um die Klimaziele zu erreichen. Unsere Nachbarn Frankreich und die Niederlande drängen darauf, gemeinsam den Schritt eines abgestimmten Mindestpreises zu gehen; dem sollte sich Deutschland anschließen.</li> </ul>	<p><b>Mindestpreis für Zertifikate – wie soll das gehen?</b></p> <p>Der Preis von ETS Zertifikaten muss langfristig der Höhe des CO<sub>2</sub>-Preises entsprechen. In der Folge soll <b>auch für die ETS-Sektoren ein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis in Höhe von möglichst schnell 80 – 100 Euro/t CO<sub>2</sub>eq</b> gelten, um die Klimaziele zu erreichen. Wichtig ist es außerdem, die Ausgleichsmaßnahmen im internationalen Emissionshandel, so genannte Gutschriften müssen an zu erreichenden sozio-ökologischen Zielen gemessen werden. Kriterien müssen hierfür entworfen und Maßnahmen hinsichtlich ihrer CO<sub>2</sub>-Kompensation überprüft werden.</p> <p><u>Gemäß:</u> Sondergutachten der „Wirtschaftsweisen“ von Juli 2019 (basierend auf einer umfangreichen Analyse des MCC und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) (2019): Optionen für eine CO<sub>2</sub>-</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

	<p>Preisreform): Eine CO<sub>2</sub>-Steuer bietet einen zeitnahen <b>Einstieg in eine zunächst nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung</b>. Das <b>Ziel ist ein über alle Sektoren einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis</b>. Der Konvergenzpunkt für die langfristig einheitliche Bepreisung sollte ein <b>alle Sektoren umfassendes Europäisches Emissionshandelssystem mit einem Mindestpreis und CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich sein</b>. Damit soll einerseits die Klimaschutzwirkung durch Abwanderung der Industrie in Länder mit weniger ambitionierten Klimaschutz verhindert werden und damit Arbeitsplätze geschützt werden.</p>
<p>Die konkrete Preisentwicklung in beiden Bereichen muss sich an den Zielen der Klimapolitik ausrichten. Zentral ist, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch weitere klimapolitische Maßnahmen in jedem Sektor ergänzt wird. Umfassende Förderprogramme für eine klimafreundliche Wirtschaftsweise (Dekarbonisierung der Industrie, Programme für Flottenumstellung auf E-Mobilität etc.), wie sie teilweise im Energie- und Klimafonds bereits eingestellt sind sowie Programme für weitere notwendige Anpassungen müssen zusätzlich zur Entlastung durch den niedrigeren Strompreis effizienter und wirtschaftlich sinnvoller umgesetzt bzw. neu aufgelegt werden. Je mehr CO<sub>2</sub>-Einsparung durch andere klimapolitische Instrumente erreicht wird, desto moderater kann die Preissteigerung in dem jeweiligen Sektor erfolgen. Dabei ist Planbarkeit von entscheidender Bedeutung, so dass wir ein unabhängiges Gremium vorschlagen, das die stetige und lange angekündigte Preisanpassung vornimmt, die sich an den drei oben genannten Parametern ausrichtet. Insbesondere bei absehbaren Zielverfehlungen müssen die Preise für die entsprechenden Emissionssektoren angepasst werden.</p>	<p><b>Kommission schafft keine wirtschaftliche Planbarkeit!</b></p> <p>Die konkrete Preisentwicklung <b>muss sich an den Zielen der Klimapolitik ausrichten</b>. Damit die CO<sub>2</sub>-Steuer in beiden Bereichen ihr klimapolitisches Ziel, die Klimaneutralität, erreichen kann, muss der <b>Preis schrittweise erhöht</b> werden. Dabei ist <b>Planbarkeit für Bürger und Wirtschaft von entscheidender Bedeutung</b>. Wir schlagen deshalb ein besonders einfaches System der <b>gleichmäßigen jährlichen Steigerung der CO<sub>2</sub>-Steuer je Tonne und Jahr um 15€</b> vor. Auch diese Erhöhungen werden selbstverständlich an den Bürger in Form der Klimaprämie zurückgegeben. Damit die CO<sub>2</sub>-Steuer langfristig ihre Wirksamkeit nicht verliert und angepasst werden kann, wollen wir, dass dieses Konzept <b>planbare Zeiträume von 10 Jahren für die genaue Höhe der CO<sub>2</sub>-Steuer festlegt</b>. Nur dann wird die Gesellschaft sich darauf einstellen. Nach 10 Jahren muss das <b>Konzept auf seine Wirksamkeit hin überprüft und Zielverfehlungen korrigiert werden</b>. Zentral ist, dass die <b>CO<sub>2</sub>-Steuer durch weitere klimapolitische Maßnahmen in jedem Sektor ergänzt</b> wird. Umfassende <b>Förderprogramme</b> für eine klimafreundliche Wirtschaftsweise (Dekarbonisierung der Industrie, Programme für Flottenumstellung auf E-Mobilität etc.), wie sie teilweise im Energie- und Klimafonds bereits eingestellt sind sowie Programme für weitere notwendige Anpassungen müssen effizienter und wirtschaftlich sinnvoller umgesetzt bzw. neu aufgelegt werden.</p> <p><del>„Je mehr CO<sub>2</sub>-Einsparung durch andere klimapolitische Instrumente erreicht wird, desto moderater kann die Preissteigerung in dem jeweiligen Sektor erfolgen. Dabei ist Planbarkeit von entscheidender Bedeutung, so dass wir ein unabhängiges Gremium vorschlagen, das die stetige und lange angekündigte Preisanpassung vornimmt, die sich an den drei oben genannten Parametern ausrichtet. Insbesondere bei absehbaren Zielverfehlungen müssen die Preise für die entsprechenden Emissionssektoren angepasst werden.“</del></p> <p><u>Begründung:</u> Ermittlung von Startpreis und Dynamik: Mittelfristig muss der <b>CO<sub>2</sub>-Preis die Klimaschäden repräsentieren (BMU: derzeit 180€/t CO<sub>2</sub>)</b>. Die <b>Schäden werden jedoch bis 2030 signifikant ansteigen</b>, so dass inflationsbereinigt von <b>&gt;250€ je t CO<sub>2</sub> bis zum Jahr 2030</b> ausgegangen werden kann. Wenn eine Kommission die CO<sub>2</sub>-Preis-Erhöhung in zu kurzen Zeiträumen beschließt, wirkt das der Planbarkeit entgegen. <b>Eine Kommission ist dann gut, wenn lange Revisions-Perioden, z.B. 10 Jahre festgeschrieben sind.</b></p>
<p>b) Rückzahlung</p> <p>Auch für die Rückzahlung gilt: Sie soll ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll</p>	<p><b>Starkes Signal für eine Klimaprämie</b></p> <p>Auch für die <b>Rückzahlung gilt: Sie soll ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll</b> sein. Deshalb schlagen wir eine</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>sein. Deshalb schlagen wir zwei Wege der Rückzahlung vor.</p>	<p>Klimaprämie vor!</p> <p><u>Begründung:</u> Eine 100 Prozent Ausschüttung als Klimaprämie ist zielführender und entlastet stärker die Verbraucher, insbesondere Stromendkunden. Von einer Stromsteuersenkung profitieren vor allem Haushalte und GHD mit hohem Verbrauch.</p>
<p>• Wir wollen die Stromsteuer nahezu abschaffen, indem wir sie auf den EU-Mindestsatz von 0,1 bzw. 0,05 ct/kWh abzusenken. Das bringt für die Stromkund*innen eine Entlastung von 6,5 Mrd. Euro und führt dazu, dass in allen Sektoren die Wende hin zu Erneuerbaren Energien beschleunigt wird. Außerdem wird damit die ungleiche Belastung zwischen privaten Haushalten, Gewerbetreibenden und Mittelstand auf der einen Seite und Teilen der Industrie, die bereits heute privilegiert sind auf der anderen Seite reduziert.</p>	<p><b>Keine Reduktion der Stromsteuer!</b></p> <p>Abschnitt vollständig streichen! Die Begründung scheint falsch. Die ungleiche Belastung entsteht durch ein <b>vermurkstes EEG mit dessen Ausnahmeregelungen</b>. Solange wir noch Kohlestrom im Netz haben, bewirkt eine Vergünstigung ein Mehr an Kohlestromerzeugung und verlangsamt die Umstellung auf 100 Prozent EE. Die Privilegierung von Teilen der Industrie beim Strompreis ist durch eine <b>Abschaffung der Privilegierung beim EEG</b> am einfachsten zu erreichen. Wir fordern ein faires Strommarkt-Design.</p>
<p>• Da nicht alle Bürger*innen – gerade im ländlichen Raum – von heute auf morgen auf umweltfreundliche Fahrzeuge und Heizungen umsteigen können, wollen wir die Kosten eines CO<sub>2</sub>-Preises sozial abfedern und daher allen Bürger*innen je 100 Euro pro Jahr als Energiegeld zurückzahlen. Diese Form der Entlastung hat sich bereits in anderen Ländern wie der Schweiz bewährt. Haushalte mit vier Personen bekommen so 400 Euro pro Jahr erstattet, der Strompreis verringert sich durch die Abschaffung der Stromsteuer durchschnittlich um weitere 60 Euro pro Jahr.</p>	<p><b>Klimaprämie nicht nur für Umsteiger, sondern auch für Aussteiger und einkommensschwache Haushalte! Keine Steuererhöhungen!</b></p> <p>Mit der Klimaprämie wollen wir <b>eine energiesparsame und Treibhausgas-minimierte Lebensweise fördern</b>. Hinzu kommt, dass nicht alle Bürger*innen – gerade im ländlichen Raum – von heute auf morgen auf umweltfreundliche Fahrzeuge und Heizungen umsteigen können, und auch <b>einkommensschwache Haushalte brauchen Unterstützung</b>. Wir wollen daher allen Bürger*innen 100 Prozent des Steueraufkommens aus dem CO<sub>2</sub>-Preis in einen pro Kopf gleichen Anteil zurückzahlen, derzeit gehen wir von 100 Euro pro Jahr als Klimaprämie aus. Dabei muss sichergestellt sein, <b>dass bei Personen, die Leistungen zur Grundsicherung erhalten, die Klimaprämie nicht als anrechnungsfähiges Einkommen gilt, die von den Sozialleistungen abgezogen würde</b>. Klärungsbedürftig ist hierbei auch, <b>ob auch Kinder die volle Pro-Kopf-Prämie gezahlt bekämen. Falls ja, werden u.U. auch nicht klimafreundliche 4-Kopf-Familien bessergestellt und damit die Klimawirkung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung verfehlt</b>.</p> <p><u>Begründung:</u> Der CO<sub>2</sub>-Preis steigt kontinuierlich, von einer Steigerung der Entlastung ist jedoch keine Rede. Eine Festlegung auf einen fixen Rückerstattungsbetrag passt nicht zu einem Abgabesystem der dynamischen Erhöhung. Erwirtschaftete Steuerüberschüsse aus dem CO<sub>2</sub>-Preis kommen damit einer drastischen Steuererhöhung gleich. Die angegebenen 100 Euro pro Person und zusätzlichem Stromsteuerwegfall bei 40€ CO<sub>2</sub>-Preis sind nicht darstellbar.</p> <p><u>Gemäß:</u> Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2019): <i>Hintergrundpapier zur Pressekonferenz Lenkungs- und Verteilungswirkungen einer klimaschutzorientierten Reform der Energiesteuern</i>, S.13.</p>
<p>Durch die beiden Rückzahlungsmodelle werden insbesondere die entlastet, die wenig klimaschädliche Energieträger verbrauchen. In der</p>	<p><b>Prämie ist kein Einkommen</b></p> <p>„[...]Dadurch profitieren Menschen mit geringem Einkommen überproportional. <b>Zudem sprechen wir uns deshalb gegen die</b></p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>Regel steigt der Energieverbrauch – und damit die Kosten - mit dem Einkommen. Durch die einheitliche Höhe der Rückzahlung für alle Bürger*innen ist das Modell sozial ausgewogen. Dadurch profitieren Menschen mit geringem Einkommen überproportional. Dennoch wird es Härtefälle geben, die wir im Blick behalten wollen.</p>	<p><b>Anrechnung der Klimaprämie auf die Grundsicherung aus.“</b></p>
<p>Deshalb wollen wir zusätzlich Förderprogramme sowohl für Unternehmen als auch für Privathaushalte auflegen. Damit werden wir z.B. Umstieg von Heizungen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, hin zu Wärmepumpen, Pelletheizungen und klimaneutralen Nah- und Fernwärmenetzen beschleunigen. Im Mietwohnungsbestand wollen wir ein besonderes Augenmerk auf Quartierslösungen legen. Für den Umstieg auf klimaneutrale Verkehrsträger schaffen wir durch das Bonus-Malus-Konzept, im Steuerrecht und durch gezielte Förderung die Möglichkeiten, um auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen.</p> <p>3. Klimaschutz einen rechtlichen Rahmen geben</p> <p>Bisher hat der Bundestag das Pariser Klimaabkommen zwar ratifiziert, der zugleich erforderliche verbindliche nationale Beitrag ist bisher im Rahmen des Klimaschutzberichtes lediglich eine Absichtserklärung, der es an Verbindlichkeit fehlt – nicht nur gegenüber dem UN-Klimasekretariat, sondern auch mit Blick auf die rechtsverbindliche Planungssicherheit im nationalen Kontext. Daher muss die Bundesregierung bis zum UN-Gipfel im September in New York ein Klimaschutzgesetz als rechtlichen Rahmen für die deutsche Klimapolitik mit einem alle Sektoren umfassenden Maßnahmenpaket vorlegen.</p>	
<p>Senken wir nicht unsere Emissionen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft bis 2030 um 38 % (bezogen auf 2005), wie in der Gemeinschaft der Europäischen Staaten zugesagt, drohen immense Kosten für den Ankauf von Verschmutzungsrechten. Bis 2030 stehen so 30 bis 60 Milliarden Euro im Feuer. Schon jetzt hat die Bundesregierung hunderte Millionen Euro in der</p>	<p><b>Verständlichkeit first! Wieviel Prozent waren es nochmal??</b></p> <p>Bitte keine neuen Bezugsjahre nutzen, im nationalen Kontext 65 Prozent für 2030 (bezogen auf 1990) ist Ziel der Bundesregierung.</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>Haushaltsplanung dafür vorgesehen. Sinnvoll wäre es, das Geld in Klimaschutz bei uns investieren. So schaffen wir mehr Lebensqualität durch besseren Verkehr und wärmere Wohnungen genauso wie mehr Arbeit und Wohlstand durch Investitionen in Deutschland.</p> <p>Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen Monitoring der Maßnahmen und Ergebnissen sowie verankerten Korrekturmechanismen bei Zielverfehlung, können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad beim Klimaschutz kommen.</p>	
<p>Durch ein solches Klimaschutzgesetz werden auch endlich Verbindlichkeiten innerhalb der jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben. Denn das Erreichen der Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim Bundesumweltministerium liegen, sondern muss als Querschnitt der Regierung auch die Ministerien, welche zuständig sind für Verkehr, Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft, in die Pflicht nehmen. Die Zielsetzung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung muss ebenfalls in diesem Rahmengesetz festgelegt werden.</p>	<p><b>Was passiert mit Subventionen auf fossile Rohstoffe?</b></p> <p>Direkte und indirekte Subventionen für fossile Energieträger müssen bis 2020 umgehend gestrichen werden.</p> <p><u>Gemäß</u>: G20-Initiative (2017) von Investoren und Versicherer mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 2,8 Billionen USD.</p>
<p>Konkretisierende Maßnahmen zum Klimaschutzgesetz</p> <p>Im Gebäudebereich</p> <p>Rund ein Drittel der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich. Ohne erhebliche Anstrengungen in diesem Bereich sind demzufolge sämtliche Klimaziele bis 2050 Makulatur. Gleichzeitig weist insbesondere der Baubereich ein besonderes träges Umsteuerungsverhalten auf, da hier sehr lange Investitionszyklen von ca. 30 Jahren bestehen. Soll also das erklärte und notwendige Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands (Ziel Bundesregierung 2050; Ziel Grüne 2040) erreicht werden, ist ein sofortiges Umsteuern erforderlich – auch um nicht heute falsche Investitionsentscheidungen zu treffen, die vor Ablauf der Lebensdauer der Investition durch neuerliche Sanierung entwertet werden.</p> <p>Da der Großteil des in Zukunft genutzten Gebäudebestandes bereits gebaut ist, kommt der Sanierung eine besondere Bedeutung zu. Hierfür braucht es ordnungsrechtliche und anreizorientierte</p>	

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>Komponenten. Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt zugleich nur dann, wenn er sozial ist, d.h. dass Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Drei Maßnahmen, die sofort begonnen werden können, sind deshalb von besonderer Bedeutung:</p> <p>1. Förderprogramm Faire Wärme:</p> <p>Mit einer Innovationsoffensive für die besten Klima-Investitionen in Gebäude und Wohnungen unterstützen wir selbstnutzende Eigentümer, Vermieterinnen sowie Mieter. Wir helfen, zu tragbaren Kosten Zukunft zu gestalten und Klimaschutz gemäß der Ziele von Paris für alle zu ermöglichen. Dafür wollen wir im Rahmen des Programms „Faire Wärme“ zusätzlich Mittel für gute Planung, Investitionen und Bezahlbarkeit bereitstellen. Dieses zukunftsweisende Förderprogramm kann durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen finanziert werden. Die derzeitigen Mittel für erneuerbare Wärme, energetische Sanierung und Infrastruktur für die Wärmeversorgung müssen dazu verdoppelt und die Antragsverfahren vereinfacht werden, damit die Förderung gezielt wirkt. Die Kosten für Bauen, Sanieren und Wohnen müssen klimaverträglich und fair für alle verteilt werden. Neben der Klima-Modernisierung öffentlicher Gebäude setzen wir u.a. auf gemeinschaftlich geplante Sanierungsprojekte. Wir unterstützen damit die Kommunen in der örtlichen Wärme- und Sanierungsplanung und erleichtern die erneuerbare Energieversorgung durch eine moderne und gut vernetzte Infrastruktur. Im Rahmen einer Quartiersförderung wollen wir warmmietenneutrale Sanierungen für Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen ermöglichen. Ergänzend führen wir einen Klimazuschuss ein, damit sich auch die Empfängerinnen von Wohngeld klimafreundliche Wohnungen leisten können.</p>	
<p>2. Steuerliche Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden:</p> <p>Die bereits 2011 zwischen Bundesregierung und Bundesrat verhandelte steuerliche Förderung als Anreiz für energetische Sanierung wollen wir endlich umsetzen. Gerade private Eigenheimbesitzer*innen benötigen steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam ausgestaltet sein. Es dürfen darum nur Maßnahmen gefördert werden, die nachweislich auf dem vom Pariser Abkommen vorgegebenen Minderungspfad liegen. Durch eine progressionsunabhängige Abschreibung müssen</p>	<p><b>Staatliche Bürgschaften</b></p> <p>„[...] Angebot staatlicher Bürgschaften, um soziale Gerechtigkeit herzustellen.“</p>



## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>alle gleichermaßen davon profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur KfW-Förderung ausgestaltet sein.</p>	
<p>Dieser Bereich ist für die Erreichung der Klimaziele von großer Bedeutung, er ist aber auch ein Konjunkturprogramm für unser Handwerk und den Mittelstand. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, den Ball noch einmal aufzugreifen. Klar muss sein, dass die Kommunen nicht auf den Kosten der steuerlichen Förderung sitzen bleiben dürfen. Die Bundesregierung sollte lieber in dieses Projekt investieren als in Strafzahlungen für das Nichteinhalten der Klimaziele.</p>	<p><b>Lichtung des Förder-Dschungels!</b></p> <p>„Wir fordern aber auch von Bund und Ländern eine Lichtung des Förder-Dschungels bzw. die „Förderung aus einer Hand“ Wir möchten Entbürokratisierung, weniger Instrumente, dafür wirksamere, so dass auch private Bauherren, Genossenschaften und kleine Betriebe schneller klimafreundlich investieren können.“</p>
<p>3. Effizientes Gebäude-Energie-Gesetz / Erneuerbare Wärme</p> <p>Neben Anreizen bedarf es auch klarer ordnungsrechtlicher Vorgaben für den Gebäudebestand. Mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) hat Baden-Württemberg eine Blaupause für den Bund geschaffen. Es verpflichtet die Eigentümerinnen und Eigentümer bestehender Wohn- und Nichtwohngebäude erneuerbare Energien einzusetzen, sobald sie ihre Heizungsanlage austauschen. Die Wirkung des EWärmeG wurde Ende 2018 evaluiert: Es war sehr erfolgreich und hat über die Einsparung durch den eigentlichen Heizungstausch hinaus zu einer jährlichen Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 110.000 bis 170.000 t CO<sub>2</sub> pro Jahr geführt. Heute werden in Baden-Württemberg mehr Erneuerbare Energien im Wärmesektor eingesetzt als in jedem anderen Bundesland.</p>	<p><b>Sorgenkind: Gebäude-Energie</b></p> <p>Hier sehen wir die Notwendigkeit zusätzlich auch die Rolle der Wärmespeicher stärker herauszuarbeiten. Damit in möglichst kurzer Zeit unter Einbeziehung vieler Haushalte die Umstellung gelingt und um Hürden auch für einzelne zu verringern möchten wir darauf hinweisen, hier stärker Quartiers- und Stadteillösungen zu fordern.</p>
<p>Für den Neubau von Gebäuden ist hingegen eine Anpassung der bestehenden Energievorgaben auf den KfW 40 Standard sowohl privat- als auch volkswirtschaftlich optimal. Legt man eine Betrachtung der Lebenszykluskosten anstelle einer rein auf die Kapitalkosten orientierten Betrachtung des Wirtschaftlichkeitsbegriffs zugrunde, so relativieren sich die erhöhten Investitionskosten erheblich. Dies wird durch die Einführung des vorgeschlagenen Instruments eines CO<sub>2</sub>-Preises zusätzlich verstärkt.</p>	<p><b>Das Beste ist gerade gut genug! Hohe Energiestandards im Neubau, Erleichterung von Umstellung im Bestand.</b></p> <p>„Für den Neubau von Gebäuden ist hingegen eine Anpassung der bestehenden <b>Energievorgaben auf den Passivhaus Standard</b> nötig, um die notwendigen Einsparziele im Gebäudesektor zu erreichen. Für <b>besonders förderwürdig halten wir den Bau von Plus-Energiehäusern</b>. Legt man eine Betrachtung der Lebenszykluskosten anstelle einer rein auf die Kapitalkosten orientierten Betrachtung des Wirtschaftlichkeitsbegriffs zugrunde, so relativieren sich die erhöhten Investitionskosten erheblich. Dies wird durch die Einführung des vorgeschlagenen Instruments einer CO<sub>2</sub>-Steuer zusätzlich verstärkt.</p> <p><u>Begründung:</u> Nur 1-2 Prozent des Hausbestandes wird je Jahr in Deutschland erneuert. Die Reduktionsziele im Gebäudesektor sind sonst</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

	<p>nur über teure Nachdämmung möglich. Die Mehrkosten für Passivhaus-Bau liegen bei 10-20 Prozent gegen Mindeststandard.</p> <p>Mehrkosten bis zu 30 Prozent behauptet enbause.de.</p>
<p>Im Verkehrsbereich</p> <p>Deutschland braucht möglichst schnell eine Verkehrswende. Das Versagen der Bundesregierung ist in diesem Bereich besonders eklatant, denn seit Jahren steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, statt zu sinken. Dass die Verkehrswende nicht vorangebracht wurde, mindert die Lebensqualität der Bürger*innen. Die Straßen sind dreckig, laut und verstopft. Das muss sich ändern. Deshalb wollen wir uns von den fossilen Verbrennern verabschieden. Inzwischen gibt es aus der Automobilindustrie deutliche Signale, dass das verstanden wird. Hinzu kommt, dass wir die Bahn stärken und konkurrenzfähig machen müssen, so dass der Umstieg von Fliegern – insbesondere auf der Kurz- und Mittelstrecke – auf die Schiene möglich wird. Wir wollen eine intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen abgasfreiem Auto, elektromobiler Bahn und ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf den Weg bringen, die auch erschwinglich ist.</p>	
<p>Drei Bereiche sind deshalb besonders wichtig:</p> <p>a) Weg vom fossilen Verbrenner – Förderung der E-Mobilität</p>	<p><b>Verkehrsvermeidung ist auch ein Ziel!</b></p> <p>„a) Weg vom fossilen Verbrenner – <b>Verkehr vermeiden, verlagern und vernetzen. Mobilität steigern.</b>“</p>
<p>Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz. Und er ist entscheidend, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern. Weltweit wird gerade das Auto neu erfunden – die Ära des fossilen Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung doch noch vorne mit dabei ist. Deutschland hat dafür weltweit mit die besten Ingenieur*innen. Nun braucht es politisch einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen Verbrennungsmotors schafft sowie die notwendige Förderung dieser Umstellung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dafür muss erstens die Ladeinfrastruktur massiv ausgebaut werden. Dies muss sowohl öffentliche als auch private Ladestationen umfassen. Hierzu</li> </ul>	<p><b>Aktive Mobilität und ÖPNV mitdenken!</b></p> <p>Unser Verkehr bildet die Fehlentwicklungen unseres industriellen Fortschritts deutlich ab: <b>Städte ersticken im Stau, wir verdrecken die Luft und nehmen zugunsten unserer autofreundlichen Infrastruktur in Kauf, dass immer weniger Raum für Menschen und Natur bleibt.</b> Der entscheidende Schritt ist die <b>Verkehrswende hin zu einer ökologisch und sozial verträglichen Mobilität.</b> Der <b>Umstieg auf klimaschonende Antriebe</b> ist zentral für den Klimaschutz. Und er ist entscheidend, um ressourcenschonende Wertschöpfung und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu sichern. Weltweit orientiert man sich insbesondere in urbanen Zentren an Mobilitätskonzepten, die vor allem auf die <b>Verringerung des Pkw-Verkehrs, auf aktive Mobilität und öffentliche Nutzungsangebote setzt zugunsten des Umweltverbundes.</b> Die Ära des fossilen Verbrennungsmotors und Privat-Pkw geht unweigerlich zu Ende. Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung vorne mit dabei sein wird oder sie weiter verschläft. <b>Dabei wäre Deutschland gut aufgestellt, denn es hat weltweit mit die besten Ingenieur*innen. Nun braucht es politisch einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen Verbrennungsmotors schafft sowie die notwendige Förderung</b></p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>braucht es mehr öffentliche Investitionen, bürokratische Hürden im Miet- und Wohneigentumsrecht müssen abgebaut und eine Mindestquote von Ladepunkten an Stellplätzen eingeführt werden.</p>	<p><b>klimaschonender Mobilitätskonzepte. Stadtplanung muss Mobilität und Energie integrieren zugunsten eines Umbaus in lebenswerte, fuß- und fahrradfreundliche Städte.</b> Im ländlichen Raum muss der ÖPNV genauso klimafreundlich, zuverlässig und digital vernetzt sein zugunsten des Umstiegs vom Pkw.</p>
<p>• Zudem müssen wir nun den Markthochlauf von E-Autos befördern. Die erfolglose Kaufprämie der Bundesregierung wollen wir durch ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer ersetzen. Das heißt: Rein elektrische Fahrzeuge sollen eine Gutschrift erhalten, während Spritschlucker stärker an den ökologischen Kosten beteiligt werden. Dieses Bonus-Malus-System ist sozial gerecht und kann ökologisch lenken.</p>	<p><b>Warum Bonus - Malus wenn es auch mit Gewicht und Verbot von Verbrennungsmotor geht?</b></p> <p>„Zudem müssen wir den <b>Markthochlauf von E-Autos befördern</b>, durch eine ausreichend hohe nur direkt an den Käufer ausgezahlte Kaufprämie bzw. Steuergutschrift sowie auf ein <b>Verbot der Neuzulassung</b> von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor in Deutschland <b>ab 2030</b> hinwirken.“</p> <p><u>Gemäß:</u> 40. BDK, Münster (11.-13.11.2016): Beschluss: <i>Energiewende retten, Verkehrswende einleiten.</i></p> <p><u>Begründung:</u> Ohne Investitionsanreiz können die Anteile von elektrisch betriebenen Fahrzeugen im Verkehr nur sehr begrenzt gesteigert werden. Dagegen sind Kaufprämien wirkungsvoll, was man in den skandinavischen Ländern und China sehen kann.</p> <p>Die <b>Einbeziehung des Gewichtes bei PKWs in die Höhe der Kfz-Steuer</b> zusätzlich zu CO2 könnte wirkungsvoll bei ausreichender Höhe die Nutzung von SUVs bremsen. Ein Bonus-Malus-System darf keine sensiblen Daten erheben.</p>
<p>• Wir wollen zudem den Umstieg von gewerblichen Flotten, z.B. von Handwerkern oder Pflegediensten, beschleunigen. Hierfür gilt es auf der einen Seite endlich die vom Bundesrat schon lange geforderten Sonderabschreibungen im Steuerrecht zu verankern. So befördern wir den Flottenhochlauf und sorgen für einen attraktiven Gebrauchtwagenmarkt, von dem alle Autokäufer profitieren können. Aber auch Mittel der direkten Förderung sind erforderlich.</p>	<p><b>Das Ende des Dienstwagen Privilegs!</b></p> <p>„Zugleich wollen wir das Dienstwagenprivileg beenden.“</p> <p><u>Begründung:</u> Dadurch werden große PKW Flotten subventioniert und aktive Mobilität behindert.</p>
<p>b) Einführung eines Mobilpasses / Förderung ÖPNV</p> <p>Bus und Bahn brauchen kräftigen Rückenwind, damit noch mehr Menschen umsteigen. Zuverlässig, schnell und preisgünstig auf einem engmaschigen Nahverkehrsnetz – so stellen wir uns Bus und Bahn von morgen vor. Wir wollen insbesondere die Chancen der Digitalisierung nutzen und alle öffentlichen Verkehrsangebote verbinden und mit einer einzigen Smartcard oder App nutzbar machen – dem grünen MobilPass. Den klassischen ÖPNV vernetzen wir mit neuen Mobilitätsdienstleistungen wie Car-, Bike- und Ridesharing. Mit dem grünen MobilPass erfolgt die Abrechnung automatisch und</p>	<p><b>Leistungsstarker kommunaler ÖPNV</b></p> <p>„Bus und Bahn brauchen kräftigen Rückenwind, damit noch mehr Menschen umsteigen und <b>in den Städten Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge zusätzlich eingesetzt werden</b> können. Zuverlässig, schnell und preisgünstig auf einem engmaschigen Nahverkehrsnetz – so stellen wir uns Trams, Trolleybusse, Busse und die Bahn von morgen vor. Wir wollen [...]“</p>

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>einheitlich. Begleitend dazu wollen wie die Aufwendungen für Bus und Bahn durch die öffentliche Hand rasch verdoppeln.</p> <p>c) Bahn attraktiver machen als Fliegen</p>	
<p>Bei der Wahl des Verkehrsmittels entscheiden die Bürgerinnen und Bürger vor allem anhand der Kriterien Kosten, Komfort und Reisezeiten. Deshalb ist es unser Ziel, klimafreundliche Verkehrsmittel wie die Bahn attraktiver zu machen und so die Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Wir wollen, dass mehr Menschen die Bahn nehmen und weniger den Flieger. Ein erster und wichtiger Schritt ist, den Steuernachteil der Bahn gegenüber dem Flugverkehr endlich zu beseitigen. Dafür wollen wir eine Kerosinbesteuerung mindestens auf Inlandsflügen einführen und mit diesen Mitteln den Mehrwertsteuersatz auf Bahntickets absenken.</p>	
<p>Außerdem braucht es ein besseres Netz von Schnellzügen und ein breites Angebot an Nachtzügen in Deutschland und Europa. Die Investitionen des Bundes in das Schienennetz müssen kurzfristig verdoppelt, mittelfristig vervierfacht werden.</p>	<p><b>Elektrifizierung nicht nur Ausbau!</b>          „Bis 2035 sind <b>nahezu alle Strecken zu elektrifizieren oder durch emissionsfreie Antriebssysteme zu ersetzen.</b>“</p>
<p>In der Landwirtschaft</p> <p>Die Agrarproduktion ist für ca. 15% der anfallenden CO<sub>2</sub>-Äquivalente in Deutschland verantwortlich. Zugleich ist die Landwirtschaft einer der Bereiche, die am härtesten unter der Klimakrise leiden. Im Durchschnitt der letzten 15 Jahre mussten Bäuerinnen und Bauern nach Zahlen des UBA durchschnittliche jährliche Ertragsausfälle von ca. 470 Millionen Euro verkraften – infolge von Wetterextremen wie Dürre, Hagel und Starkregen. Dabei ist der Dürresommer 2018 noch gar nicht eingerechnet. Klar ist, dass eine vollständig emissionsfreie Landwirtschaft nicht möglich ist. Dennoch muss auch hier bis 2050 die Hälfte der Emissionen eingespart werden, um durch das Pariser Klimaabkommen für 2050 vorgegeben Minderungspfad der Emissionen von mindestens 95 Prozent zu erreichen. Der viel zu hohe Tierbesatz, die damit verbundenen immensen Güllemengen, der Einsatz mineralischer Düngemittel, der humuszehrende intensive Ackerbau und die Entwässerung von Mooren, kurz die agroindustrielle</p>	

## Positionen für eine mutige und ambitionierte Grüne Klimapolitik

<p>Produktionsweise, hat eben nicht nur Tierleid, Gewässerverschmutzung und die Entwertung von Böden zur Folge, sondern schädigt auch unser Klima.</p> <p>Um das Ruder herumzureißen, muss die Agrarpolitik der Bundesregierung ab sofort eine Landwirtschaft unterstützen, die mit und nicht gegen die Natur arbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Bei den derzeit laufenden Verhandlungen über die EU-Agrarförderung in Höhe von ca. 60 Mrd. Euro pro Jahr muss sich die Bundesregierung ihre bisherige Position um 180 Grad korrigieren und die Agrar-Förderung künftig an eine klimafreundliche Produktion koppeln.</li><li>• Der viel zu hohe Tierbestand muss verringert werden. Dazu haben wir in einem Pakt für Faire Tierhaltung ganz konkrete Maßnahmen wie eine Bindung der Tierhaltung an die Fläche, bessere Tierschutzstandards, eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung sowie Förderprogramme zur Umstellung vorgelegt, mit deren Umsetzung die Bundesregierung sofort beginnen kann und muss.</li><li>• Um die Gülleflut und die Überdüngung durch zu viel Mineraldünger zu stoppen (und um enorme Strafzahlungen an die EU zu vermeiden), muss die Bundesregierung jetzt endlich die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie erfüllen.</li><li>• Mit einem Stopp von Grünlandumbrüchen und einer Förderung der Regeneration von Moorböden kann umgehend eine stärkere Kohlenstoffbindung der Böden erreicht werden.</li></ul>	
---	--